

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
3003 Bern
Per Mail an: info@are.admin.ch

Brugg, 2. März 2018

Zuständig: Beat Rössli
Sekretariat: Jeannine Krüger
Dokument: 180302_UVEK_SN_Verpflichtungskredite
Aggolverkehr_br

Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Januar 2018 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Grundsätzlich befürwortet der Schweizer Bauernverband (SBV) das Agglomerationsprogramm genauso wie die Regionalpolitik, da diese Instrumente geeignet sind um praxistaugliche Projekte umzusetzen. Aus Sicht der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sind jedoch zwei wesentliche Punkte zu beachten.

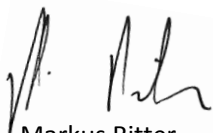
Kulturland ist die wichtigste, nicht erneuerbare Grundlage für die Produktion von Lebensmitteln und damit zur Gewährleistung der langfristigen Ernährungssicherheit unverzichtbar. Folgerichtig verlangt eine Reihe von Verfassungsartikeln (Art. 75, 102, 104, 104a BV) einen haushälterischen Umgang mit dem Kulturland. Daher ist auch bei Erweiterungsprojekten der Verkehrsinfrastruktur das Kulturland maximal zu schonen. Wo immer möglich sind bestehende Verkehrsflächen und Bauzonen zu verwenden, auch wenn dadurch höhere Kosten entstehen mögen. Im Vordergrund muss die beste und kulturlandschonendste, nicht die günstigste Lösung stehen. Und das produktivste Kulturland, insbesondere die Fruchtfolgeflächen, müssen in der Planung stärker berücksichtigt werden. Insbesondere Bund und Kantone sind in der Pflicht, diesen verfassungsmässigen Auftrag besser einzuhalten, wie dies der GPK-Bericht „Sicherung landwirtschaftlichen Kulturlandes“ vom 20. November 2015 empfiehlt. Wir bitten Sie daher, gegenüber den Projektträgern deutlich zu machen, dass die effiziente Raumnutzung und die Schonung des Kulturlandes oben auf der Prioritätenliste stehen.

Damit die Ländlichen Räume und ihre Bewohnerinnen und Bewohner nicht zu kurz kommen, muss die bessere Anbindung der ländlichen Zentren an den Agglomerationsverkehr stärker berücksichtigt werden. Dies gilt neben der Strasse auch für den öffentlichen Verkehr. Insbesondere da die Regionalpolitik nun auch vermehrt die urbanen Agglomerationen einbezieht, erwartet der ländliche Raum entsprechendes Entgegenkommen bei der Agglomerationspolitik. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, die Verteilung der Gelder erneut zu prüfen und zugunsten der ländlichen Räume und regionalpolitischer Massnahmen zu verschieben. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Finanzierung des Agglomerationsprogramms nicht zu mehr Druck auf den Agrarkredit führt.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Markus Ritter
Präsident



Jacques Bourgeois
Direktor